

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4456

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4456



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 10. 9. 2023

Inhalt

«Ein Hoch auf solche Lehrer!»	4
NZZ am Sonntag, 27. August 2023, Leserbrief	4
«Wir sollten die Leute dafür bezahlen, dass sie ins Gymi gehen»	4
Tages-Anzeiger, 23. August 2023, Schweiz, Nina Fargahi	4
Frau Steiner-Khamsi setzt auf Quantität statt Qualität bei der Bildung	7
Nebelspalter, 23. August 2023, Daniel Wahl	7
Höhere Gymi-Quote stösst auf breite Ablehnung	7
Tages-Anzeiger, 25. August 2023, Schweiz, Eva Novak und Isabel Strassheim	7
Bildungspolitiker Strahm: «Der Fachkräftemangel ist hausgemacht»	9
Nebelspalter, 30. August 2023, Daniel Wahl	9
Zu viel Dünkel, zu viele Dogmen	11
NZZ, 29. August 2023, Meinung & Debatte, von Katharina Fontana	11
Am KV Zürich ist der Deutschunterricht passé	14
NZZ, 21. August 2023, Zürich und Region, Marius Huber	14
Uster hat das grösste Schulzimmer der Schweiz	16
NZZ, 22. August 2023, Zürich und Region, Stefan Hotz (Text), Eleni Kougionis (Bilder)	16
Schulpflicht schon für Dreijährige	18
NZZ am Sonntag, 27. August 2023, Schweiz Familienpolitik, Anja Burri	18
Schul-Bürokratie lässt Gemeinden ausbluten	20
Nebelspalter, 30. August 2023, Martin Breitenstein	20
Chancengleichheit an der Schule gibt es nicht	21
Schaffhauser Nachrichten, Leserbrief	21
Veranstaltungshinweis	21
Kinder partizipieren lassen – leichter gesagt als getan	21
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mittwoch, 20. Sept. 2023	21
Die Lehrerrolle (Arbeitstitel)	22
Starke Volksschule Zürich, 6. November 2023, 19 Uhr	22
Geschichte – ein Schulfach unter Druck	22
Starke Volksschule St. Gallen, 16. November 2023, 19 Uhr	22



Liebe Leserinnen und Leser

Auch im neuen Schuljahr hat die Diskussion «Berufslehre oder Gymnasium?» bereits wieder angefangen, verbunden mit dem Problem des Fachkräftemangels. Gleichzeitig kündigen sich schon in der ersten Schulwoche die zu erwartenden negativen Auswirkungen der KV-Reform auf den Lernerfolg der Jugendlichen und damit auf den Schweizer Wirtschaftsstandort an. Und schliesslich landen wir dort, wo alles angefangen hat: bei den untauglichen Reformen unserer Volksschule und den seltsamen Blüten, die diese treiben. Ist es wirklich so schwer, zwei und zwei zusammenzuzählen und die richtigen Siebenmeilen-Stiefel anzuziehen? Den positiven Ausblick zum Ausklang bilden die drei Veranstaltungshinweise: Hier melden sich engagierte Pädagogen und andere Fachleute zu Wort, die an die unverzichtbaren Grundlagen einer kindgemässen Erziehung und Bildung erinnern.

Ein Hoch auf die altmodischen Lehrer!

Zum Auftakt ein kleiner, aber feiner Leserbrief zum ermutigenden Erfahrungsbericht des Mathematiklehrers im letzten Newsletter, der jedem Schüler zutraut, dass er Mathe lernen kann und bei dem deshalb praktisch jede Schülerin mit Freude Mathe lernt. In wenigen Worten fügt die Leserbriefschreiberin alle wesentlichen Elemente eines erfolgversprechenden Unterrichts zusammen. So sollte die Schule sein, in der unsere Jugend sich das Rüstzeug für ein erfülltes Leben aneignen kann.

Schweizer Fachleute sind sich einig: Duale Berufsbildung bleibt der Königsweg

Eine sogenannte «Bildungsexpertin» hat kürzlich eine spannende Debatte in Gang gebracht. Das Interview im Tages-Anzeiger mit Gita Steiner-Khamsi lohnt sich kaum zu lesen, aber die Widerreden im Tagi, im Nebenspalter und in der NZZ haben es in sich.

Frau Steiner-Khamsi will den Fachkräftemangel mit einer höheren Akademikerquote beheben, zu diesem Zwecke sollen Schüler dafür bezahlt werden, ans Gymnasium zu gehen. Uni-Studenten sollen ebenfalls mit Geld zum «richtigen» Studium gelenkt werden. (Daniel Wahl im Nebenspalter vom 23.8.). Die weiteren «faktenfreien Argumente» der Dame kann jeder selbst lesen, wenn er mag.

Einer, der es besser weiss, ist Rudolf H. Strahm. Sein neues Buch «Karriere mit Berufsbildung» ist sicher lesenswert, seine bisherigen Standardwerke «Warum wir so reich sind» und «Die Akademisierungsfalle» sind mir jedenfalls in bester Erinnerung. Strahm ärgert sich besonders über die Falschbehauptung Steiner-Khamsis, die universitäre Ausbildung sei billiger als die Berufsbildung mit Fachhochschule. Und er weist ein weiteres Mal darauf hin, dass die tiefen Schweizer Arbeitslosenzahlen dem hohen Prozentsatz der Berufslehren und der Höheren Berufsbildung zu verdanken sind.

Fachkräftemangel ist nicht primär Folge des Akademikermangels

Interessant ist auch die Erkenntnis in den Repliken zu Steiner-Khamsi, dass mit mehr Schweizer Akademikern der Fachkräftemangel noch lange nicht behoben ist. Zum einen fehlen auch in vielen Lehrberufen genügend Fachleute, um unsere Infrastruktur und unsere hohen Ansprüche an eine störungsfrei laufende Versorgung zu garantieren. Zum anderen werden die «falschen» Akademiker ausgebildet: Die Schweizer Universitäten sind übervoll mit Phil I-Studentinnen, während die dringend benötigten Ärzte durch den Numerus Clausus verhindert werden. Katharina Fontana spinnt in ihrem Artikel («Zu viel Dünkel, zu viele Dogmen») den Faden weiter, lesen Sie selbst.

Zu bemerken ist ausserdem, dass die Unmengen von Psychologen, Soziologen und Politologen nach ihrem Studium nur zum kleinen Teil arbeitslos sind (was ihnen ja auch zu gönnen ist). Die meisten kommen in Beratungs- und Organisationsentwicklungs-Büros unter, oder sie bevölkern die überquellenden Verwaltungsblasen im Bund, in den Kantonen und Gemeinden und die Lehrstühle an den Hochschulen – auf Kosten des Steuerzahlers.



KV-Reform zum Schaden unserer Jugend und unserer Wirtschaft

Wertschätzung für die duale Berufsbildung ist das eine, die Übernahme der Verantwortung für eine lebensstaugliche Bildung unserer Jugend müsste das andere sein. Es dürfte sich herumgesprochen haben, dass 20 Prozent der Schweizer Schulabgänger nicht genügend lesen, schreiben und rechnen können, um eine Lehre zu machen. Dazu kommt bei vielen der Mangel an minimalen Umgangsformen, an Zuverlässigkeit, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsgefühl.

Wie ist es angesichts der bereits heute prekären Situation möglich, dass Schweizer Unternehmer einer Reform der kaufmännischen Lehre zugestimmt haben, welche die höchstangesehene und beliebteste Berufslehre der Schweiz innert weniger Jahre in den Keller fahren wird? Von den Schweizer «Bildungsexperten», die seit Jahrzehnten am Werk sind, folgte eine weitere enttäuschende Reform – aber wie können die Unternehmer einem völlig unausgegorenen Umbau zustimmen?

In unserem Newsletter haben wir die geplante Abschaffung der Fächer und des Klassenunterrichts sowie deren Ersetzung durch sogenannte «Kompetenzen» und selbstorganisiertes Lernen (SOL) im KV – analog zur Volksschule – während der Planungsphase immer wieder kritisiert. Jetzt ist die Reform Wirklichkeit: Statt im Klassenunterricht Deutsch zu lernen, sollen sich die KV-Lehrlinge in selbstorganisierten Projekten mit dem «Handeln in agilen Arbeits- und Organisationsformen» befassen. Statt sich das System der doppelten Buchhaltung, das Vertragsrecht, die Grundlagen der Volks- und Betriebswirtschaft und viele weitere Kenntnisse anzueignen, die für den kaufmännischen Beruf unverzichtbar sind, steht das «Gestalten von Kunden- oder Lieferantenbeziehungen» auf dem KV-Bildungsplan. Aber lesen Sie selbst («Am KV Zürich ist der Deutschunterricht passé»). Den Lehrlingen die genannten Kompetenzen zu vermitteln, ist übrigens nicht die Aufgabe der Berufsschule, sondern der Betriebe.

Der Geschäftsführer des Zürcher Bankenverbands, Christian Bretscher, sagt zwar, falsches Deutsch «geht überhaupt nicht», glaubt aber, die Berufsschule werde «das Beste aus den Vorgaben machen»(!) Im Übrigen werde die Finanzbranche halt in erster Linie KV-Lehrlinge mit Berufsmatur ausbilden, da bleiben die Fächer und ein vom Lehrer geführter Unterricht bestehen. Aber auch ohne BM war das KV bisher eine sehr gute Ausbildung. Die können wir doch nicht derart in den Keller fahren lassen!

Die «bauliche Voraussetzung» für dieses schädliche Konzept ist der anonyme Grossraum wie zum Beispiel in Uster, mit Sitzsäcken statt Stühlen – soll wohl originell sein, aber für den Rücken und die Konzentration weniger schlau. Auch andernorts, zum Beispiel in Wil SG, spriessen die «Lernlandschaften» aus dem Boden. Alles schon aus der Volksschule bekannt.

Zurück an den Anfang: Die Schäden der Schulreformen an der Volksschule beheben

Für eine Bildung unserer Jugend braucht es nicht «offene Räume», sondern das gemeinsame Lernen mit den Mitschülern und eine Lehrerin, die sich mit ihrer Klasse auf den Weg des Lernens macht, mit den Kindern die Hürden nimmt und sich mit ihnen über ihre Lernschritte freut. Je früher diese Erkenntnisse – die einige von uns immer und immer wieder über den Newsletter, durch Artikel und Leserbriefe, in Büchern und an Vortragsabenden anmahnen – bei den Bildungsverantwortlichen ankommen, desto besser für unsere Jugend, unsere Wirtschaft und unser auf dem Milizprinzip fussendes Staatswesen.

Zum Schluss zwei der ungunstigen Auswirkungen der Schulreformen. Die eine ist die abstruse Idee aus kantonalen Bildungsverwaltungen, die Schulpflicht bereits für Dreijährige einzuführen, nämlich in Form von obligatorischen Sprachkursen für Kinder mit zu wenig Deutschkenntnissen. Laut Bundesgericht soll der Staat die Kosten – und somit die elterliche Verantwortung schon bald ab der Geburt? – übernehmen. Dazu ist nur zu bemerken, dass 11 Schuljahre (mit dem Kindergarten) eigentlich auch für Kinder mit wenig Sprachkenntnissen genügen sollten, um Deutsch zu lernen. Früher jedenfalls war das so. Wenn die heutige Schule dazu nicht taugt: Zurück zum Anfang (damit



sind nicht die Neandertaler gemeint, sondern ein Schulsystem, wo die Kinder lernen und die Lehrer lehren.)

Die zweite Auswirkung ist die hier schon öfter beklagte ausufernde Schulbürokratie, die ganz besonders in kleineren Landgemeinden kaum mehr einen bezahlbaren Schulbetrieb möglich macht. Auch hier: Zurück zum Anfang. Man muss nicht alles und jedes digitalisieren und formalisieren. Je überschaubarer die Verhältnisse, desto leichter, und erst noch persönlicher, können die Lehrkräfte und die Behörden viele Dinge mit ein paar Worten in der Pause oder am Telefon erledigen.

Den Abschluss überlassen wir einem der vielen erfahrenen Lehrer mit seinem Leserbrief zur «Chancengleichheit» und zur «Chancengerechtigkeit». Wie immer wir es nennen wollen: In der Sache geht es um «hoffnungslose Fälle», die beim Autor zu erfolgreichen Schulabgängern geworden sind, und es geht darum, dass wir in der Schule «echte Bezugspersonen», benötigen, die «genügend Zeit für einen angemessenen Unterricht haben».

Damit hoffe ich, dass Sie «gluschtig» geworden sind auf den einen oder anderen der Texte unserer Sammlung.

Für die Redaktion: *Marianne Wüthrich*

«Ein Hoch auf solche Lehrer!»

NZZ am Sonntag, 27. August 2023, Leserbrief

«Ich bin ein altmodischer Lehrer» Ein Hoch auf die engagierten, altmodischen Lehrer und Lehrerinnen! Ausser bei kleinen und grossen Genies geht es ohne Üben und Anstrengungen nicht, weder in Mathematik, Sprachen, noch in Musik oder Sport.

Meine Erfahrung betrifft die Primarschule. Selbstorganisiertes Lernen ist oft auch eine Selbsttäuschung! Viele Kinder sind damit überfordert. Mit der richtigen Unterstützung hingegen, mit ehrlichem Engagement und manchmal auch Humor wird manche Herausforderung zum Erfolg. Oder wenigstens nicht zu lebenslangem Frust. Ein wertschätzendes Unterrichtsklima ist etwas vom Wichtigsten. Die Lehrerin soll nicht Abstand zu den Kindern haben, sondern Hinwendung und Verständnis leben. So wird vielleicht auch die Mathematik zum Freund. Mike Rohr macht es vor. Danke!

Christiane Nikolic, Gossau (ZH)

«Wir sollten die Leute dafür bezahlen, dass sie ins Gymi gehen»

Tages-Anzeiger, 23. August 2023, Schweiz, Nina Fargahi

Bildungsexpertin • Gita Steiner-Khamsi vergleicht Schulsysteme weltweit. Die Schweiz könne von Skandinavien lernen und mit Stipendien Anreize schaffen, sodass die Leute Fächer studieren würden, welche die Wirtschaft brauche.

Frau Steiner-Khamsi, Sie befassen sich mit globalen Bildungssystemen. Wo steht die Schweiz im internationalen Vergleich?

Das duale Berufsbildungssystem die Lehrlinge verbringen die halbe Zeit im Betrieb, die halbe Zeit in der Ausbildung ist zum Inbegriff von Swissness geworden. Es wird sogar im Rahmen der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in alle Welt als Erfolgsmodell «exportiert». Was jedoch vergessen wird, ist die Swissness der Quartierschule. Die Tatsache, dass ein Kind dort zur Schule



gehen kann, wo es wohnt, und dass diese Volksschulen überall gleich gut und kostenlos sind, ist ein Grundpfeiler der Schweizer Gesellschaft. Für die Bevölkerung ist das von grosser Bedeutung.

Gleichzeitig kämpfen unsere Schulen mit vielen Problemen. Lehrkräfte kritisieren zum Beispiel, dass sie zu viel Zeit mit Bürokratie verbringen statt mit den Schülerinnen und Schülern.

Die Bürokratie in den Schulen ist zu einem Problem geworden, viele Schulleitungen bestehen aus Managern, es gibt mehr Arbeit in Komitees, mehr Ausschüsse, mehr Berichte. Jede Bürokratie erzeugt wieder mehr Bürokratie.

Woher kommt diese Entwicklung?

Die Idee der grossen Bildungsreformen war ja, dass die Lehrpersonen für die Schulleistungen und den Lernerfolg der Kinder verantwortlich sind. Die Devise war: Die Regierung soll aufhören, Mikromanagement in den Schulen zu betreiben. Sie soll den standardisierten Lehrplan 21 verabschieden und dann das Erreichen von Lernzielen kontrollieren. Früher ging es in der Bildungsdirektion darum, Klassengrössen, Lehrmittel und die Qualifikation der Lehrenden zu regulieren. Heute ist das anders. Wenn eine Schule will, kann sie auch unqualifizierte Lehrpersonen anstellen.

Das kritisiert der Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer: Die Bildungsqualität sei gefährdet, weil vor den Klassen Lehrpersonen ohne angemessene Qualifizierung stünden. 1000 unqualifizierte Lehrerinnen und Lehrer sollen im Kanton Bern derzeit angestellt sein, im Kanton Zürich rund 620.

Der Mangel an Lehrpersonen ist seit einiger Zeit ein weltweites Problem. Die vergleichende Bildungsforschung kann dazu einige Lösungsvorschläge bieten. Viele Länder, wie auch die Schweiz, sind dazu übergegangen, eine berufsbegleitende Lehrerausbildung anzubieten. Anderenorts werden bestimmte Aufgaben an Personen ohne Lehrdiplom delegiert - zum Beispiel Berichte schreiben oder Aufgaben korrigieren -, damit sich die Lehrperson auf das «Kerngeschäft» konzentrieren kann. Es braucht ein Massnahmenpaket, um längerfristig den Mangel zu lösen.

Wirtschaftsprofessor Mathias Binswanger kritisiert, dass wir hierzulande bestimmte Berufe «verakademisieren» und allgemein zu wenige Handwerker ausbilden. Stimmen Sie ihm zu?

Ich schätze Herrn Binswanger sehr, aber die Zahlen zeigen etwas anderes: Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Berufswahlanteile. 65 Prozent wählen die Berufsschule und nicht das Gymnasium. Gemäss Bundesamt für Statistik sind es bei den Frauen 58 Prozent, bei den Männern 72 Prozent. Hinzu kommt: 60 Prozent der Berufe, die eine Tertiärausbildung voraussetzen, also Uni-, Hochschule- oder PH-Abschluss, werden von Ausländerinnen und Ausländern aus europäischen Staaten besetzt. Wir haben echt ein Manko an hoch qualifizierten Schweizern. Wir bilden einfach nicht genug aus. Wir brauchen auch viel mehr Naturwissenschaftler, Juristinnen, Ärzte. Wir haben eine riesige Lücke, die sich in den hoch qualifizierten Berufen zeigt.

Liegt der Mangel auch daran, dass viele Hochqualifizierte nur Teilzeit arbeiten?

Wir sollten die Leute dafür bezahlen, dass sie ins Gymnasium gehen, einen Uniabschluss machen und dann Vollzeit arbeiten. So macht das Skandinavien. Gleichzeitig ist dort jedoch die wöchentliche Arbeitszeit kürzer und die Mittagsbetreuung an Schulen besser, sodass Berufstätige mit Familie sich nach Schul- und Arbeitsschluss um ihre Kinder kümmern können.

Wie funktioniert das konkret? Würden bereits die Gymischüler und Studentinnen einen Lohn erhalten?

Gymischüler erhalten zwar keinen Lohn, aber man schafft Anreize auf der Universitätsstufe durch Stipendien für Fächer, die unterbelegt sind und vom Arbeitsmarkt benötigt werden. Zudem wird das Potenzial von Frauen, die über einen Tertiärabschluss verfügen, aber nicht im Arbeitsmarkt tätig sind, gezielter genutzt.

Wie liesse sich das finanzieren? Skandinavien hat ja viel höhere Steuern als die Schweiz.

Gemäss einer Arbeitsmarktstudie vom Seco aus dem Jahr 2021 lassen sich heute 65 Prozent der Personen mit einer beruflichen Grundbildung weiter ausbilden. Personen mit einem Berufsabschluss und anschliessender Hochschulbildung machen heute 7 Prozent aller Beschäftigten aus. Noch vor 20 Jahren waren es nur 1,5 Prozent. Wenn man also die Gymnasialquoten nicht künstlich



tief halten würde, gäbe es einige, die auf direktem Weg in die Tertiärbildung einsteigen anstatt auf dem Umweg eines Berufsabschlusses. Dies bedeutet Kosteneinsparungen für den Staat, die dann gezielt eingesetzt werden könnten, um finanzielle Anreize zu schaffen für Studierende in Berufsbranchen mit einem Fachkräftemangel, die ein Hochschulstudium voraussetzen.

Ist die Kritik an der Akademisierung von gewissen Berufen legitim? Braucht eine angehende Kindergärtnerin einen «Bachelor of Arts in Preprimary and Primary Education»?

Lehrpersonen im Kindergarten müssten mehr verdienen als solche auf Gymnasialstufe! Zumindest wenn es nach den Neuro- und Lernpsychologen geht. Kindergärtnerinnen sind die Wichtigsten überhaupt. Dass die Frühkinderziehung massgebend ist für die spätere Lernfähigkeit, wurde schon tausendfach bewiesen. Ausserdem ist die Kindergärtnerin heute nicht nur zuständig für den Kindergarten, sie kann auch die ersten zwei Jahre in der Primarschule unterrichten. Warum schneidet Finnland bei der Pisa-Studie immer so gut ab?

Sagen Sie es uns.

In Finnland werden die Lehrpersonen an den Universitäten ausgebildet, und zwar in fünfjährigen Masterstudiengängen. Dort gehört es zum pädagogischen Auftrag, das Einzelkind wahrzunehmen, seine Begabung und Schwächen zu sehen und es in seiner Besonderheit zu fördern. Denn jedes Kind hat andere Potenziale, man kann keine Schablone anwenden.

Dieser pädagogische Ansatz ist auch in der Schweiz üblich.

Auch hierzulande ist die Menge an Stütz- und Fördermassnahmen für das einzelne Kind enorm. Es ist jedoch wichtig, dass sich Lehrpersonen in ihrem Beruf weniger gestresst fühlen und sich beruflich verwirklichen können. Die Bildungsforschung in der Schweiz sollte viel gezielter Politikberatung betreiben, denn längerfristig ist die Stressverminderung und Berufsidetitität die einzige Lösung, um den Lehrpersonenmangel nachhaltig zu beheben.

Wenn Sie die Schweiz mit anderen Ländern vergleichen: Wie gross ist hierzulande die Chancengleichheit zwischen Kindern aus Akademiker-familien und solchen, deren Eltern zum Beispiel Flüchtlinge oder Migranten sind?

In allen OECD-Ländern, inklusive der Schweiz, schneiden Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bei den Pisa-Leistungsmessungen im Schnitt um 10 Prozent schlechter ab als einheimische Schüler und Schülerinnen. Entweder aus sprachlichen Gründen, weil die Eltern ihre Kinder zu wenig schulisch unterstützen oder sich gegen Fehlentscheide nicht genügend wehren können. Es gibt jedoch grosse kantonale Unterschiede nach dem Prinzip: Die verfügbaren Plätze geben den Ausschlag, wo Schüler platziert werden. Besteht in einem Kanton ein grosses Angebot an Gymnasiumsplätzen, kommt dies den Kindern mit Migrationshintergrund zugute. Verfügt umgekehrt ein Kanton über separate Einrichtungen, wie beispielsweise Sonderschulen, werden diese mit Kindern mit Migrationshintergrund «gefüllt», weil sich einheimische Eltern in der Regel erfolgreich gegen diese Einrichtungen wehren. Wir reden in der Forschung von «struktureller Ungleichheit», weil die Verfügbarkeit von Schulstrukturen das Schicksal von Schülern aus benachteiligten Schichten bestimmt.



Frau Steiner-Khamsi setzt auf Quantität statt Qualität bei der Bildung

Nebelspalter, 23. August 2023, Daniel Wahl

Idiotie des Tages

Professorin Gita Steiner-Khamsi hat in Zürich im Hauptfach Psychologie, in den Nebenfächern Soziologie und Anthropologie abgeschlossen und in der Mongolei den Dokortitel erworben. Beim Tages-Anzeiger wird sie damit zur Bildungsexpertin (siehe [hier](#)). Ihr Steckenpferd war multikulturelle und antirassistische Erziehung, und sie erhielt einen Lehrstuhl an der Unesco in Genf. So qualifiziert darf sie das Schweizer Bildungswesen unwidersprochen kritisieren und zeigen, dass sie keine Ahnung davon hat.

Ihre drei verwunderlichsten Erkenntnisse:

«Wir sollten die Leute dafür bezahlen, dass sie ins Gymnasium gehen.»

In der Schweiz mangelt es überall an Fachkräften. Zu wenig Softwareentwickler, zu wenig Pflegefachkräfte, zu wenig Maschinenbautechniker und Elektrotechniker. Nun hat die Psychologin (von Psychologen werden die Universitäten überrannt) festgestellt, dass es auch zu wenig Ärzte und Naturwissenschaftler gibt. Nicht, dass sie die Aufhebung des Numerus clausus fordert – die Barriere fürs Medizinstudium. Oder dass sie das duale Bildungssystem lobt, welches dafür sorgt, dass die Schweizer Jugend die wirtschaftsfähigste ist von ganz Europa. Vielmehr will sie Schüler mit staatlichen Geldern ans Gymnasium locken will, meint aber, Uni-Studenten mit Stipendien zum «richtige» Studium lenken zu müssen. Dann doch zur Förderung Maturanden: Mehr Gymnasiasten gibt es – so gut kennt Steiner-Khamsi dann wieder die Bildungsbürokratie –, wenn man mehr Gymnasien baut. Sollten mehr solche Schulhäuser zur Verfügung stehen, dann würden auch Kinder aus «bildungsfernen Familien» rekrutiert werden, weiss sie. Mit anderen Worten: Bei Steiner-Khamsi zählt im Bildungswesen Quantität vor Qualität.

«Wenn man die Gymnasialquote nicht künstlich tief halten würde, gäbe es einige, die auf direktem Weg in die Tertiärbildung (Hochschulen und Universitäten) einsteigen anstatt auf dem Umweg eines Berufsschulabschlusses. Das bedeutet Kosteneinsparungen für den Staat.»

Die Behauptung ist falsch. Ein Lehrling kostet die Allgemeinheit 14'716 Franken pro Jahr, ein Schüler an einer weiterführenden Mittelschule aber 20'275 Franken. Wer sich nach dem Lehrabschluss einer höheren Berufsbildung zuwendet, belastet die Staatskasse bloss mit 12'799 Franken, ein Student ist mit durchschnittlich 36'359 Franken knapp dreimal so teuer.

«Lehrpersonen im Kindergarten müssten mehr verdienen als solche auf Gymnasialstufe.»

Gita Steiner-Khamsis Begründung für diese Aussage: Früherziehung sei massgebend für die spätere Lernfähigkeit. «Kindergärtnerinnen sind die Wichtigsten überhaupt.» So argumentiert, müssten auch die Löhne der Bauern über jene der Ärzte angehoben werden. Die Bauern sind für die Ernährung der Menschen schliesslich die Wichtigsten überhaupt.

Höhere Gymi-Quote stösst auf breite Ablehnung

Tages-Anzeiger, 25. August 2023, Schweiz, Eva Novak und Isabel Strassheim

Bildung • Der Vorschlag einer Professorin fällt bei Politik und Wirtschaft durch.

Weil nicht genug Schweizerinnen und Schweizer einen Uniabschluss hätten, müsse man die Gymnasialquote erhöhen, schlug Bildungsforscherin Gita Steiner-Khamsi im Interview mit dieser Zeitung vor. In Politik und Wirtschaft stösst sie damit auf mehr oder weniger heftigen Widerstand.



Das sei eben gerade der falsche Weg, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, lautet der Tenor. Stattdessen sei die Berufslehre aufzuwerten.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse drückt es noch zurückhaltend aus: Die Wirtschaft erachte den Weg über die Berufsmaturität als gleichwertig wie das Gymnasium, betone aber Vorteile der Berufsmaturität. «Zeitlich macht dies keinen Unterschied, dafür sind die jungen Leute schon in der Arbeitswelt integriert und können auch besser einschätzen, in welche Richtung sie sich weiterentwickeln wollen», sagt Bildungsexperte Roger Wehrli.

«Mehr Praktiker»

Klarer tönt es von der wirtschaftlichen Front. «Es gibt bereits heute genügend Schweizer Studierende», sagt Samuel Lanz, Sprecher des Verbands Interpharma. Insbesondere in der anspruchsvollen Produktion habe die forschende Pharmaindustrie bereits heute Schwierigkeiten, genügend gut ausgebildetes Personal zu finden. Die Erhöhung der Gymnasialquote löse das Problem nicht, denn dadurch werde nur die Berufslehre nochmals unattraktiver.

«Wir brauchen mehr Praktiker, insbesondere im Handwerk», stimmt Diana Gutjahr zu. Es sei im Sinn der Wirtschaft, die duale Berufsbildung zu stärken, so die SVP-Nationalrätin und Vorstandsmitglied des Schweizerischen Gewerbeverbands. Die Gymnasialquote sei in einigen Teilen der Romandie bereits hoch, in der Deutschschweiz mit rund 20 Prozent genügend.

Wirtschafts- und Bildungspolitiker von links bis rechts geben ihr recht. Den akademischen Bildungsweg gegenüber der Berufsbildung zu bevorzugen, sei zu kurz gedacht, sagt etwa der Berner SP-Nationalrat Matthias Aebischer. Schliesslich fehlten Fach- und Arbeitskräfte auf allen Stufen. Andrea Gmür, Luzerner Ständerätin der Mitte, erinnert daran, dass die Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen sehr hoch sei und es deshalb «absolut keinen Sinn» mache, die Maturitätsquote zu steigern.

«Mehr kopflastige Maturandinnen und Maturanden zu produzieren, ist wahrscheinlich nicht der Königsweg», sagt der Zürcher FDP-Nationalrat Beat Walti. Damit würde nur das Ausbildungsniveau sinken.

Mathias Binswanger, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz, nennt die geringe Maturitätsquote «eine der wesentlichen Stärken der Schweiz». Und liefert dazu eine Erklärung: «Exzellenz entsteht erst, wenn Bildung auf Fähigkeiten trifft - mit Bildung allein kann man gar nichts bewirken.» Wenn man mehr Akademiker habe, bekomme man nicht die, die es brauche, weil diese nicht jene Fächer studierten, wo Mangel herrsche.

Nicht überzeugen kann auch die Begründung, mit der Steiner-Khamsi die höhere Gymnasialquote verlangt: dass nämlich 60 Prozent der Stellen, für die es einen Hochschulabschluss braucht, von Ausländerinnen und Ausländern besetzt würden. «Die Tatsache, dass wir viele Personen mit Uniabschluss anziehen, ist auch dadurch bedingt, dass im Ausland gar kein analoges System wie die Berufslehre existiert», so die Erklärung von Florence Mauli, Bildungsexpertin bei der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse.

«Keine Stipendien»

Durchs Band kritisiert wird auch der Vorschlag, mit dem Steiner-Khamsi den Fachkräftemangel in Naturwissenschaften und Technik beheben möchte: nämlich Stipendien in diesen Fächern zu vergeben. «Es braucht keine Stipendien, sondern nachgelagerte Studiengebühren», sagt Mauli. Kredite, die nach Studienende zurückbezahlt werden müssten.

Die Unternehmen müssten ebenfalls ihren Teil beitragen - und die Arbeitsbedingungen dort verbessern, wo Mangel herrscht. Das sieht auch Alex Kuprecht so, SVP-Ständerat und Präsident der Wirtschaftskommission seines Rats: «Wir können doch nicht etwas subventionieren, das die Jungen nicht interessiert.»



Bildungspolitiker Strahm: «Der Fachkräftemangel ist hausgemacht»

Nebelspalter, 30. August 2023, Daniel Wahl

Standardwerk für die Berufsbildung

Es gibt Bildungsexperten wie die Professorin Gita Steiner-Khamsi, die aufgrund des Fachkräftemangels mit faktenfreien Argumenten eine höhere Akademikerquote für die Schweiz fordern. Diese Quote soll staatlich angehoben werden, indem Schüler dafür bezahlt würden, ans Gymnasium zu gehen.

Und dann gibt es den Bildungsexperten Rudolf H. Strahm (alt SP-Nationalrat), der seit Jahren genau in die Gegenrichtung arbeitet. Er propagiert die Berufslehre als Königsweg für die berufliche Laufbahn. Der 80-Jährige hat als Hauptautor zusammen mit zwei Co-Autoren ein Buch über die «Karriere mit Berufsbildung» geschrieben. Das Werk ist hochaktuell und gibt eine Antwort auf den Fachkräftemangel.

Strahm sagt:

«Der Fachkräftemangel ist hausgemacht. Von den Universitäten selbst.»

«Eine Festanstellung ist nach universitären Abschlüssen weniger garantiert als nach einer Berufslehre.»

Wie viele andere auch hat sich Rudolf Strahm über das unkritische Interview zwischen der Tagesanzeiger-Journalistin Nina Fargahi und der Professorin Steiner-Khamsi geärgert. Dass man Schüler bezahle, damit sie ans Gymnasium gingen und darüber hinaus behaupte, die universitäre Ausbildung käme dem Staat günstiger als die Ausbildung über die Berufsbildung, entbehre jeglicher Faktenlage. «Unwidersprochen hat der <Tages-Anzeiger> die Frontseite damit aufgemacht und dem Unsinn damit Gewicht gegeben», klagt der frühere Preisüberwacher.

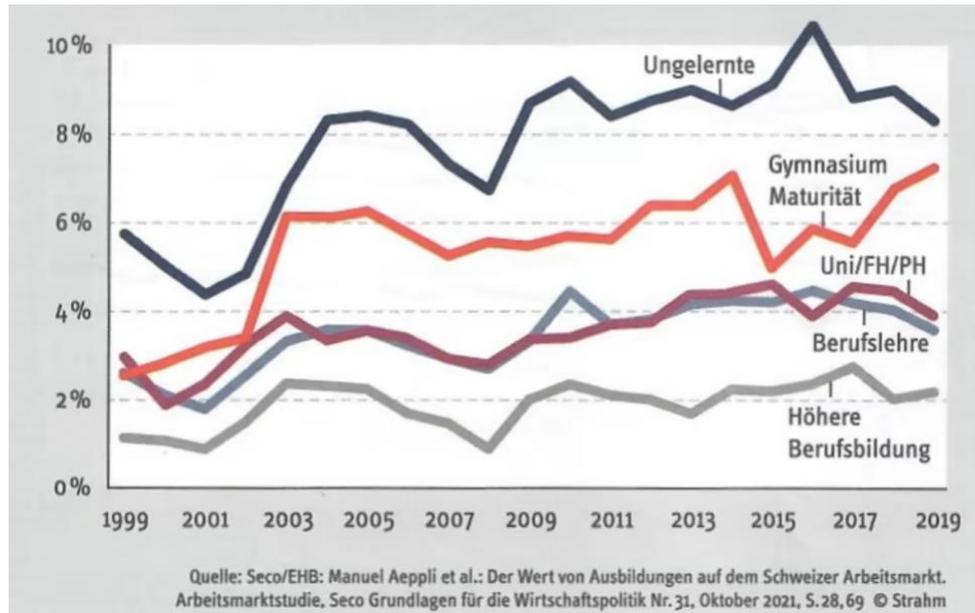
Strahm hat andere Zahlen. Lehrlinge seien gegenüber Studenten unfair benachteiligt, das Problem struktureller Natur: Die höhere Berufsbildung wird vom Staat nicht als Ausbildung, sondern als Weiterbildung eingestuft. Deshalb müssen die Ausbildungskosten von bis zu 25'000 Franken an weiterführenden Berufsschulen privat finanziert werden. Die Studiengebühren für Studenten betragen hingegen nur um die 700 Franken pro Semester.

Strahms Buch führt über 200 Seiten hinweg die Möglichkeiten und verschiedenartigen Wege auf, die über eine Berufslehre führen. Er listet die Vor- und Nachteile auf und belegt seine Erkenntnisse mit unzähligen Statistiken und Grafiken. Die zentrale Aussage: «Der Arbeitsmarkt begehrt Fachkräfte mit Berufslehre am meisten».

Akademisierungsdruk in der Schweiz

In den 90-er-Jahren hat Strahm als Nationalrat die Bildungsreformen begleitet und darüber hinaus während 25 Jahren Berufsberater ausgebildet. In seinem neuen Buch «Karriere mit Berufsbildung» – es dürfte ein Standardwerk werden für alle, die sich über die Berufsbildung orientieren wollen – spricht Strahm von einem Akademisierungsdruk vonseiten der Bildungselite. Er führe dazu, dass sich viele Jugendliche lustlos durchs Gymnasium quälten und sich dabei von einem prekären Notendurchschnitt zum nächsten hangelten. Strahm ist überzeugt: Der Niedergang des Industriestandorts Deutschland hat mit der Schwächung der Berufslehre im Nachbarland zu tun. Gleiches soll der Schweiz nicht widerfahren.

Eine Langzeitbetrachtung von 1999 bis 2019 zeigt jedenfalls, dass Arbeitnehmende mit Berufslehre und vor allem mit einer Höheren Berufsbildung die tiefste Arbeitslosigkeit aufweisen. Und zwar unabhängig von der Konjunkturlage. Leute mit Fachhochschul- und Uni-Abschluss stehen auch gut da. Doch die gymnasiale Maturität fällt gegenüber der Berufslehre deutlich ab. Im Arbeitsmarkt sind nur noch die Ungelehrten schlechter positioniert.



Erwerbslosenquote nach Bildungsabschluss 1999 bis 2019: Berufslehre und Höhere Berufsbildung sind Garantien für tiefste Arbeitslosigkeit.

Wer ein Hochschulstudium mit vorgängiger Berufsbildung absolviert, ist begehrtter als jene Schüler mit einer gymnasialen Maturität. Und: Ein Viertel der Hochschulabsolventen hätten nach dem Studium keine Stelle – oder wenn, dann oft keine adäquate. Eine Studentin mit einem Geschichtsstudium wird beispielsweise Protokollführerin in einer Verwaltung. 24 Prozent der Absolventen der Hochschulen der Künste sind ein Jahr nach Studienabschluss in einer einfacheren Erwerbstätigkeit als sie ihrer Ausbildung entspricht.

Nicht generell einen Akademikermangel

Viel ist derzeit über den Fachkräftemangel geschrieben worden. Steiner-Khamsi ortet ihn bei den Ärzten, Naturwissenschaftlern und IT-Fachleuten. Das trifft zwar zu, sagt Strahm, aber noch viel mehr für die Berufe im nichtakademischen Bereich: Es fehle ein Heer von Programmierern, Pflegefachleuten, Gebäudetechnikern, Teamchefs – jene Fachkräfte, die es brauche, um beispielsweise Wärmepumpe-Anlagen berechnen und installieren zu können.

Das Problem des Fachkräftemangels sei hausgemacht, ist der Bildungsexperte überzeugt. Und zwar in zweifacher Hinsicht.

1. Die Schweiz hat nicht generell einen Akademikermangel. Man bildet einfach die falschen Akademiker aus. An der Universität in Zürich studieren fast die Hälfte der Maturitätsabgänger in den Fächern der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das liege am Mix der Schwerpunktfächer in den Gymnasien. Die starke Orientierung der Gymnasien auf die Sprachen hat zur Folge, dass bei den Neuimmatrikulationen an den Schweizer Universitäten der grösste Anteil (29 %) auf Geistes- und Sozialwissenschaften entfällt. In diesen Fächergruppen ist der Frauenanteil mit 69 Prozent dominant. Über 13'000 Leute haben sich ins Hauptfach Psychologie eingeschrieben, davon 79 Prozent Frauen. Zu verantworten hat die Maturitätsreform in den 90-er-Jahren.
2. Mit dem Numerus Clausus wird eine künstliche Barriere errichtet, die den Fachkräftemangel bei Ärzten erhöht. Die Folge davon ist laut Strahm, dass die Schweiz jährlich 2000 Mediziner im Ausland rekrutieren muss.



Geistes- und Sozialwissenschaften	Total 47754	Frauen 69%
Psychologie	13242	Frauen 79%
Politologie	4165	Frauen 55%
Geschichte und Kunstgeschichte	3453	Frauen 54%
Geistes- und Sozialwissenschaften übergreifend	3251	Frauen 62%
Sozialwissenschaften übergreifend	2988	Frauen 67%
Kommunikation/Medienwissenschaften	2045	Frauen 73%
Wirtschaftswissenschaften	23082	Frauen 36%
Recht	16788	Frauen 61%
Exakte und Naturwissenschaften	33278	Frauen 40%
Medizin und Pharmazie	21329	Frauen 32%
Technische Wissenschaften	21041	Frauen 32%
Interdisziplinäre und andere	4918	Frauen 48%
Total alle Universitäten, alle Fachgruppen	168190	Frauen 52%

Quelle: BFS, Studierende an den universitären Hochschulen, Basistabellen 2021/22, Tab.7 © Strahm

Anzahl Studierende nach ausgewählten Studienrichtungen im Studienjahr 21/21: Der Fachkräftemangel ist durch arbeitsmarktferne Studienwahl hausgemacht.

Bildungsexpertin Steiner-Khamsi hat die Bildungssysteme international verglichen, aber in Unkenntnis der Situation vor Ort in der Schweiz. Sie ignoriert beispielsweise, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Gebieten mit hoher Maturitätsquote wie in der Romandie höher ist als in jenen wie in der Deutschschweiz mit weniger Gymnasiasten.

Strahm führt in seinem Buch auf: «Die Gymi-Quote von 20 Prozent ist richtig», wie es Bildungsökonom Stephan Wolter von der Universität Bern gesagt hat. Oder: «30 Prozent gehören nicht ans Gymnasium», wie es die ETH-Forscherin Elsbeth Stern sagt. Und er warnt: «Wo die Berufslehre zurückgedrängt wird und wo spiegelbildlich die Gymnasiumsquote 40 oder 50 Prozent erreicht, hat die Lehre ein soziales Stigma. Dann gelte sie als Bildungsgang für Schwächere und Zurückgebliebene.»

Dazu solle es nicht kommen.

Zu viel Dünkel, zu viele Dogmen

NZZ, 29. August 2023, Meinung & Debatte, von Katharina Fontana

Berufsleute müssen zum Gutteil selber für ihre Bildung aufkommen und lernen, was der Markt verlangt. Warum gilt dies nicht auch für Studenten? Von Katharina Fontana

Die Debatte über den Fachkräftemangel treibt seltsame Blüten. So fiel jüngst eine Bildungsexpertin mit der Idee auf, den Leuten Geld zu geben, damit sie die Matura machten und an einer Universität studierten. Denn in der Schweiz, so ihr Befund, würden zu viele Junge eine Berufslehre absolvieren, was dazu führe, dass das Land ein Manko an hochqualifizierten Einheimischen aufweise – die Schweiz als akademisches Entwicklungsland sozusagen. Die Episode zeigt zweierlei: Erstens können auch sogenannte «Experten» weit weg von der Realität sein. Und zweitens manifestiert sich darin ein akademischer Dünkel, der nicht zur Schweiz passt; wenn der Wohlstand des Landes von solchen Experten abhängen würde, dann gute Nacht.



Die Frage, ob die Schweiz genügend Akademiker ausbildet und ob es die richtigen sind, ist nicht neu. Sie wird seit Jahren in verschiedenen Variationen diskutiert. Am Dogma der freien Studienwahl wurde, ausser bei den Medizinerinnen, bis heute nicht gerüttelt – auch wenn es wohl niemand wirklich gut findet, dass die grösste Gruppe der Studenten auf die Geistes- und Sozialwissenschaften entfällt. Natürlich sind Soziologie, Politologie und Kulturwissenschaften hochinteressante Fächer, mit denen man sich jahrelang beschäftigen kann. Gleichwohl drängt sich die Frage auf, ob es wirklich jedes Jahr über 4000 solcher Universitätsabgänger braucht und ob man hier nicht etwas gegensteuern sollte.

Humboldt lässt grüssen

Der Widerstand gegen ökonomisch orientierte Reformvorschläge ist allerdings vehement. Jedes akademische Studium sei per se für das Individuum nützlich und bringe die Gesellschaft weiter, heisst es – Humboldt lässt grüssen. Gerne werden Beispiele von Absolventen von Orchideenfächern angeführt, die mit glänzenden Karrieren imponieren. Auch die Moral kommt nicht zu kurz, die Argumente der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit: Mit mehr finanziellem Druck würde man vor allem Jugendliche aus bescheidenen Verhältnissen vom Studium abhalten, heisst es. Man fördere eine Zweiklassengesellschaft, in der Arme das Nachsehen hätten. Ja, sollte Bildung denn nur etwas für Reiche sein?

Nein, das soll sie nicht. Umgekehrt gibt es aber auch kein Menschenrecht auf Staatsgelder, damit jeder seinem brennenden Interesse an sozialanthropologischen Fragen nachgehen kann. Ebenso wenig gibt es einen Anspruch darauf, auf Kosten der Allgemeinheit Bäckerin-Konditorin zu lernen oder sich zum Solarmonteur weiterbilden zu lassen. Das eigentlich Frappante an der Bildungsdebatte ist nämlich, dass sich fast die ganze Aufmerksamkeit auf die künftigen Akademiker richtet und darauf, was man ihnen finanziell zumuten darf. Jeder zaghafte Vorschlag, die Semestergebühren ein Spürchen anzuheben, um einen etwas grösseren Teil der effektiven Kosten auf die Studenten zu überwälzen, wird unverzüglich als unerhörter Anschlag auf die Bildungsfreiheit abgetan.

Dabei wird komplett übersehen, dass für die Leute, die eine Berufslehre absolvieren – und das ist nach wie vor die Mehrheit der Jungen –, ganz andere Massstäbe gelten. Sensibilitäten haben dort wenig Platz. Bei der Berufsbildung käme wohl niemand auf die Idee, das Kosten-Nutzen-Denken infrage zu stellen oder für Orchideenfächer zu plädieren. Wenn eine Ausbildung am Arbeitsmarkt nicht gefragt ist, fliegt sie innert Kürze aus dem Lehrstellenangebot. Und wenn nur die Wünsche der Lehrlinge zählen würden und nicht der Bedarf, würde die Schweiz wohl eine Schwemme an Tierpflegerinnen verzeichnen, die nach Lehrabschluss zum Grossteil nirgendwo unterkämen.

Noch viel stärker zeigt sich der Marktbezug bei der höheren Berufsbildung. Der Weg zum diplomierten Bauführer oder zum technischen Kaufmann ist nicht gratis zu haben, sondern kostet erkleckliche Beträge – dazu kommen unzählige Kursstunden, die abends oder samstags auf dem Programm stehen. Der Besuch einer Hotelfachschule geht, auch wenn er neben dem Job absolviert wird, nicht selten in die Zehntausende von Franken. Ähnliches gilt für ambitionierte Schreiner oder Sanitäre, die das eidgenössische Diplom, früher Meisterprüfung genannt, anstreben: Sie investieren viel an Zeit und Geld, um dorthin zu kommen. Ein Gutteil wird vom Arbeitgeber unterstützt, auch gibt es Zuschüsse von der öffentlichen Hand, doch die Regel ist: Privat kommt vor Staat.

Für die Berufsleute ist es also normal, dass sie in ihre Bildung investieren und Eigenverantwortung zeigen. Und das hat durchaus Vorteile: Wer Kursgebühren aus der eigenen Tasche (mit)bezahlen muss, überlegt es sich in der Regel nicht zwei Mal, ob er die Abendschule besucht oder schwänzt. Und er hat einen grossen Anreiz, aus seiner Investition anschliessend etwas zu machen und sich bei der Arbeit voll einzusetzen; die Work-Life-Balance dürfte für einen Treuhandexperten nicht das erste Problem sein, über das er sich den Kopf zerbricht. Vor diesem Hintergrund erscheint der reflexartige Protest, wenn die Studiengebühren an den Universitäten minim erhöht werden sollen, fast schon lächerlich. Wenn Berufsleute Geld für ihre Bildung ausgeben, warum ist dasselbe für Studenten ein Tabu?



Damit einher geht eine gewisse Geringschätzung der Berufslehre; zumindest wird das von vielen Praktikern so empfunden. Und man kann sie verstehen. Wenn sich etwa in Zürich jedes Jahr alles um die Aufnahmeprüfungen fürs Gymnasium dreht und Kampfeltern den Zugang für ihr Kind zur Not auch mit dem Anwalt erstreiten, könnte man meinen, der Mensch fange erst beim Akademiker an und jeder andere Bildungsweg sei zweitklassig.

Kein Wunder, bekommt die Berufslehre damit ein Imageproblem, namentlich in städtischen Gebieten. Verstärkt wird diese Entwicklung dadurch, dass sich viele Unternehmen auf akademische Titel fixieren und der Form mehr Gewicht geben als dem Inhalt. Das kann dazu führen, dass ein Maschinenbautechniker einer höheren Fachschule, der mehrere Jahre Praxiserfahrung hat, auf dem Papier als weniger qualifiziert gilt als ein Konkurrent mit einem Diplom irgendeiner ausländischen Universität. Und von einer Personalverantwortlichen, die womöglich aus dem Ausland stammt, bei der Bewerbung unverzüglich aussortiert wird.

Dazu noch ein anderer Gedanke: Das Gymnasium ist die grösste Konkurrentin der Berufslehre. Wenn es immer weniger gelingt, gute Schüler für eine praktische Lehre zu gewinnen, wird es für die Schweiz bald einmal ziemlich ungemütlich. Denn die Elektroinstallateure, Poliere, Gleisbauer und alle anderen halten die Infrastruktur der Schweiz in Schuss: die Energieversorgung, die Strasse, die Bahn, die Kommunikation. Wenn man über Fachkräftemangel spricht, sollte man nicht nur an den Ingenieur mit Universitätsabschluss denken, sondern auch an den Wärmepumpenspezialisten.

Gesellschaftsvertrag bröckelt

Die Schweiz hat heute bei der Bildung, wenn man so will, tatsächlich eine Zweiklassengesellschaft. Der Graben verläuft aber weniger zwischen Arm und Reich, sondern vielmehr zwischen den Akademikern, deren Ausbildung grösstenteils von der Allgemeinheit bezahlt wird, und den Berufsleuten, die sich über weite Strecken selber finanzieren müssen. Man kann sich durchaus überlegen, ob man die Eigenverantwortung, die in der Berufswelt gilt und sich positiv auswirkt, nicht auch stärker auf die Universitäten übertragen sollte.

Das müssen keine exorbitant hohen Studiengebühren sein, wie man sie von Amerika her kennt und für die man sich je nachdem bis über beide Ohren verschulden muss. Es würde schon genügen, wenn die Akademiker nach ihrem Abschluss so viel arbeiteten, dass sie ihre Ausbildungskosten über zusätzliche Steuerleistungen und Sozialabgaben der Allgemeinheit zurückerstatteten. Früher war das üblich, heute nicht mehr, der Gesellschaftsvertrag bröckelt. Warum also keine nachgelagerten Studiengebühren für Akademiker einführen, die ihren Teil der Abmachung nicht erfüllen?

Bei den Berufsleuten ist man weniger zimperlich und sieht es nicht gerne, wenn jemand nur profitiert und nicht rentiert. Wer sich etwa in Luzern zum Polizisten ausbilden lassen will und für die zweijährige Schulung angenommen wird, muss die Ausbildungskosten zurückzahlen, wenn er nach dem Abschluss nicht mindestens drei Jahre lang beim Polizeikorps bleibt. Ist das falsch? Ein unerhörter Anschlag auf die Bildungsfreiheit? Wohl kaum. Dabei geht es nicht nur um das Geld der Steuerzahler, sondern auch um den Wert der Bildung. Und nicht zuletzt ist es auch eine Frage der gesellschaftlichen Balance zwischen der Bildungselite und den Berufsleuten. Oder wie will man dem eidg. dipl. Sanitärmeister erklären, dass er den 28-jährigen Soziologiestudenten finanzieren soll, der sich später mit einem Teilzeitjob begnügen will?



Am KV Zürich ist der Deutschunterricht passé

NZZ, 21. August 2023, Zürich und Region, Marius Huber

Über 1100 Erstsemestrige werden an der kaufmännischen Berufsschule ab sofort nach einem neuen Modell unterrichtet

Christian Bretscher wird sich in diesem Leben nicht mehr anfreunden mit dem orthografischen Lustprinzip, mit willkürlichen Kommas und konsequenter Kleinschreibung. Er ist alte Schule. Ihm graut es bei der Vorstellung, dass sich die Gepflogenheiten aus Online-Chats nach und nach in die offizielle Firmenkorespondenz einschleichen könnten. «Falsches Deutsch wirkt absolut unprofessionell», sagt der Geschäftsführer des Zürcher Bankenverbands, «das geht überhaupt nicht.»

Er macht sich aber keine Illusionen. Von seinen Kontaktpersonen in der Finanzbranche, die sich in der Berufsausbildung um KV-Lehrlinge kümmern, weiss er: Unter den Jungen lässt die sprachliche Sattelfestigkeit nach. Laut Pisa-Studie hat die Lesekompetenz der unter 15-Jährigen in der Schweiz seit 2012 deutlich abgenommen, schneller als in den Nachbarländern. Dies passierte gleichzeitig mit der zunehmenden Verbreitung von Smartphones und sozialen Netzwerken.

In Bretschers Kreisen, wo die Erosion des Sprachniveaus mit Sorge beobachtet wird, löst der Schulbeginn an diesem Montag ambivalente Gefühle aus. Dabei müsste er eigentlich ein besonderer Freudentag sein. Denn an der kaufmännischen Berufsschule KV, der Nachwuchsschmiede des Zürcher Bankenplatzes, tritt auf diesen Termin eine tiefgreifende, landesweite Reform in Kraft. Eine, die aus Sicht der Wirtschaft «dringend notwendig» war, wie das Staatssekretariat für Bildung betont.

Um die Jugendlichen fit für die Zukunft zu machen, wurde das Programm der beliebtesten Berufslehre der Schweiz komplett umgekrempelt. Das bedeutet aber auch: Den herkömmlichen Stundenplan mit Fächern wie Deutsch oder Wirtschaft und Gesellschaft gibt es nicht mehr. Ebenso wenig wie die unterschiedlichen Leistungsniveaus.

Finanzsektor skeptisch

Die über 1100 angehenden Kaufleute, die in Zürich am Montag ihre Ausbildung beginnen, sollen jene Fähigkeiten erlangen, die in der modernen Arbeitswelt gefragt sind. Das ist das erklärte Ziel. Deshalb werden sie neu in einer Vielzahl von «Handlungskompetenzen» unterrichtet, aufgeteilt in fünf Bereiche, die sich eng am praktischen Berufsalltag orientieren. Sie sollen zum Beispiel lernen, wie man ein Netzwerk pflegt, mit Kunden und Lieferanten kommuniziert, die Zusammenarbeit im Team organisiert oder Budgets erstellt. Zudem wird eine zweite Fremdsprache für alle zur Pflicht.

Ausgerechnet im Finanzsektor – punkto Wertschöpfung seit fast dreissig Jahren der wichtigste im Kanton Zürich – überzeugt diese Reform nicht. Während die meisten anderen Branchen laut Christian Bretscher positiv reagiert haben, sind Banken und Versicherungen von Anfang an skeptisch gewesen. Und geblieben. Die «viel zu kurzfristige Einführung», ursprünglich für 2022 geplant, sei zwar um ein Jahr verschoben worden, sagt er. Aber ein grundsätzliches Problem sei ungelöst: «Die Beurteilung einzelner Leistungen wird mit dieser Reform viel schwieriger.» So sei etwa nicht mehr direkt ersichtlich, wie es ums Deutsch der Lernenden stehe.

Das liegt daran, dass die Vermittlung spezifischer Fachkenntnisse ab diesem Schuljahr über die fünf neuen Handlungskompetenzbereiche verstreut wird. Deutsch wird gemäss dem überarbeiteten Bildungsplan neu im Rahmen praxisnaher Aufgaben geübt und bewertet. Im einen Kompetenzbereich zum Beispiel, wenn es um Marketingaktivitäten geht, in einem anderen, wenn es um die schriftliche Kommunikation mit anspruchsvollen Kunden geht. Dabei lässt sich nicht mehr auseinanderhalten, ob jemand mit Witz punkten konnte, aber mit dem Wortschatz kämpfte.

Banken und andere Unternehmen, denen ein tadelloser sprachlicher Ausdruck wichtig ist, werden laut Bretscher daher das Niveau ihrer Lernenden vermehrt selbst prüfen und gegebenenfalls fördern müssen.



Lehrkräfte bleiben

Ähnliches wie für den Unterricht gilt auch für die Abschlussprüfungen. Bisher mussten die künftigen Kaufleute in Zürich in einem Deutschtest ihr Leseverständnis, ihre Grammatik- und Rechtschreibkenntnisse unter Beweis stellen und zudem einen Aufsatz schreiben. Neu müssen sie sich praxisnahen Tests in den fünf Kompetenzbereichen stellen. Sprachkenntnisse fliessen dabei zwar in die Bewertung ein, überlagern sich aber mit anderem.

Mündliche Deutschkenntnisse werden zum Beispiel beurteilt, wenn die Prüflinge in einem Rollenspiel eine «erfolgskritische Situation» mit einem Kunden bewältigen müssen. Schriftliche Kenntnisse in einem anderen Test, in dem sie zeigen müssen, wie sie in einem komplexen Arbeitsumfeld mit anderen interagieren.

Forderung der Wirtschaft

Christian Wölfle, Rektor des KV Zürich, stellt nicht in Abrede, dass es für Arbeitgeber eine Herausforderung werde, die Fähigkeitszeugnisse richtig zu lesen und zu verstehen. Er warnt sie aber davor, deshalb im Rahmen von Assessments zum Beispiel die Deutschkenntnisse der Lehrabgänger zu testen. Dies wäre seiner Ansicht nach äusserst kontraproduktiv. Wölfle versichert: Trotz der Umstellung auf Handlungskompetenzen – eine ausdrückliche Forderung der Wirtschaft – verlören die Inhalte der bisherigen Fächer nicht an Bedeutung. Sie würden weiter unterrichtet. Für Kontinuität bürgten auch die Fachlehrerinnen und Fachlehrer, die nicht infolge der Reform ausgewechselt wurden.

Am KV Zürich steht laut dem Rektor ausser Frage, dass der Erwerb von Fachwissen entscheidend bleibt, um in betrieblichen Arbeitssituationen kompetent zu handeln. Dies gelte besonders für den Deutschunterricht, weil «der kompetente Umgang mit der deutschen Sprache für viele Lernende zunehmend eine Herausforderung darstellt». Je nach gewählter Option im dritten Lehrjahr nehme die Zahl der Deutschlektionen gegenüber dem alten Stundenplan sogar zu.

Christian Bretscher vom Bankenverband ist überzeugt, dass das KV das Beste aus den neuen Vorgaben macht. «Wir wehren uns nicht mehr gegen die Reform», stellt er klar. Die Bankbranche habe auch keine Absicht, von der Lehre abzurücken, sondern werbe sogar noch verstärkt dafür, um leistungsfähige Lernende zu gewinnen. Die KV-Lehre mit Berufsmatur werde aber als Alternative weiter an Bedeutung gewinnen, ist Bretscher überzeugt. Augenfälliger Unterschied: In diesem Bildungsgang bleiben die klassischen Fachbezeichnungen und der Fachunterricht bestehen. Schon heute beschreiten 70 Prozent aller Banklehrlinge diesen Weg.

Bretscher bleibt dabei: «Die Sprachkompetenz wird kaum besser, wenn ausgerechnet jenes Fach verschwindet, in dem man ungenügendes Deutsch benoten und mit Sanktionen belegen kann.»

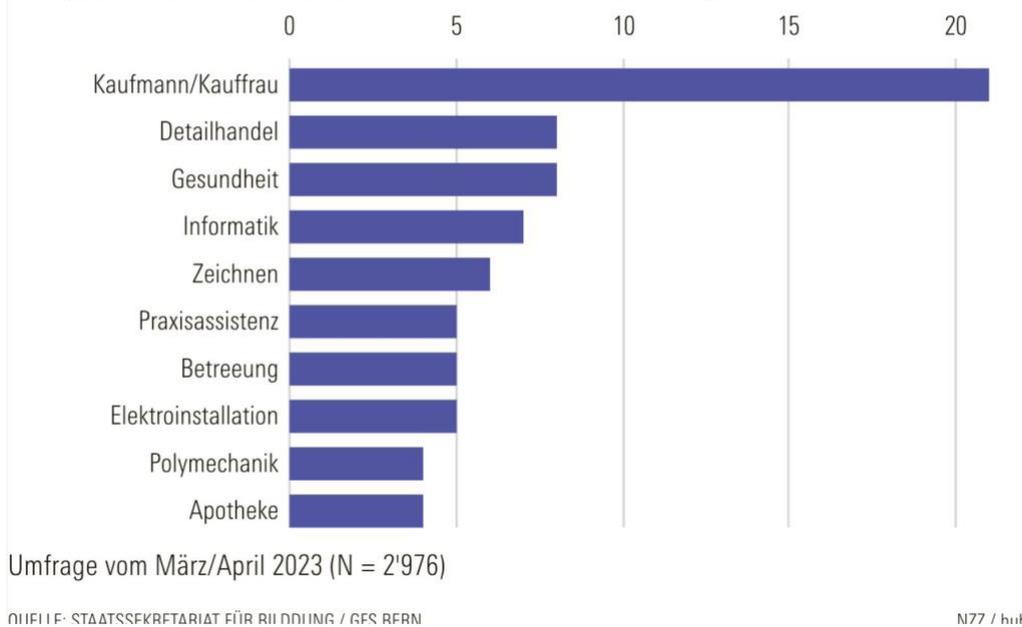
So verändern sich die Unterrichtsbereiche am KV

Bisher: Fächer	Neu: Kompetenzen
Standardsprache	Handeln in agilen Arbeits- und Organisationsformen
Fremdsprache	Interagieren in einem vernetzten Arbeitsumfeld
Information, Kommunikation, Administration	Koordinieren von unternehmerischen Arbeitsprozessen
Wirtschaft und Gesellschaft	Gestalten von Kunden- oder Lieferantenbeziehungen
Vertiefen und Vernetzen	Einsetzen von Technologien der digitalen Arbeitswelt
Überfachliche Kompetenzen	
Sport	

Quelle: Bildungspläne der Schweizerischen Konferenz der kaufmännischen Ausbildungs- und Prüfungsbranchen NZZ/hub.

Das KV ist mit Abstand die beliebteste Berufslehre

Für das sogenannte Nahtstellenbarometer lässt der Bund jeweils im Frühling 14- bis 17-Jährige befragen, für welche Berufslehren sie sich konkret interessieren. Angaben in Prozent.



Uster hat das grösste Schulzimmer der Schweiz

NZZ, 22. August 2023, Zürich und Region, Stefan Hotz (Text), Eleni Kougonis (Bilder)

Eine über tausend Quadratmeter grosse Lernlandschaft an der Berufsfachschule Uster schafft die bauliche Voraussetzung für die KV-Reform

Mit einem traditionellen Schulzimmer hat das wenig gemeinsam. Als Erstes fällt beim Betreten eine KV-Klasse ins Auge, die auf grossen Sitzsäcken den Ausführungen ihres Lehrers zuhört. In einem ebenfalls offenen Teil daneben, nur abgetrennt durch eine bewegliche Akustikwand, folgen Schülerinnen und Schüler an Pulten dem Unterricht. Dazwischen befinden sich Tische für Besprechungen zu zweit oder zu viert, die mit schallschluckenden Vorhängen abtrennbar sind.

Von aussen ist es ein schmuckloser Zweckbau im Zellweger-Areal in Uster, umgeben von Spitzenarchitektur mit Bauten von Ronald Rohn, Herzog & de Meuron sowie Gigon Guyer. Im nüchternen Industriebau dazwischen aber beginnt auf der ganzen Fläche über dem Hochparterre ein innovatives Bildungsprojekt.

Uster hat jetzt eine Loft School. Sie dient seit Montag der Abteilung Wirtschaft der Berufsfachschule Uster (BFSU), die im nahen Bildungszentrum auch technische Berufe unterrichtet. Sie legt schon länger den Fokus statt auf einzelne Fächer auf die Vermittlung von Handlungskompetenzen. Genau das ist das Ziel der KV-Reform, die mit Beginn dieses Schuljahrs umgesetzt wird.

Selbständiges Lernen

Neue Unterrichtsformen haben Auswirkungen auf die Gestaltung der Schulräumlichkeiten. Hier geht die BFSU nun radikal neue Wege. Beim Besuch am ersten Morgen des neuen Schuljahres steht natürlich noch der Klassenverband im Vordergrund. Welches sind die Ziele im zweiten Lehrjahr, was steht in den nächsten Wochen an? Später soll sich der Unterricht öffnen, wie es der Absicht der



KV-Reform entspricht: vermehrtes Arbeiten in Gruppen und an Projekten, selbstorientiertes Lernen. Dafür bietet die Loft School ideale Voraussetzungen. Die Lernlandschaft erstreckt sich auf einer Fläche von mehr als tausend Quadratmetern. Lediglich am Rand gibt es wenige Bereiche, die mit Wänden abgetrennt sind: Hier ist intensive Gruppenarbeit möglich, auch das Sekretariat und das Lehrerzimmer haben etwas Privatsphäre.

Sonst ist die Schule ein einziger riesiger Raum. Eine Trennwand in der Mitte hat man sogar herausgerissen. In den äusseren Bereichen sind insgesamt sechs Zonen angeordnet, die sich für den Unterricht im Klassenverband eignen. Eine davon ist sogar traditionell mit einzelnen nach vorne ausgerichteten Tischen ausgestattet. Hier kann man Prüfungen schreiben lassen, die gibt es nämlich auch in der neuen KV-Welt. Dazwischen befinden sich unterschiedlich gestaltete Bereiche für stilles Arbeiten. Dem gleichen Zweck dient in der Mitte des Raumes ein grosszügiges Bistro, das selbstverständlich auch in den grossen Pausen und über Mittag benutzt wird und mit einem Verpflegungssautomaten ausgestattet ist.

Auslöser für dieses vielleicht wegweisende Vorhaben war, dass der Lehrauftrag für die kaufmännische Schule Wetzikon auf dieses Schuljahr hin an Uster übergang. Die BFSU hätte grundsätzlich weiter in Wetzikon unterrichten können. Aber eine Schule an zwei Standorten bei gleichzeitiger Umsetzung der KV-Reform zu betreiben, wäre nicht machbar gewesen. Die Schule in Uster aber platzt aus allen Nähten.

So durfte die BFSU «mit dem Segen der Bildungsdirektion», wie ihr Rektor Otto Schlosser sagt, selber aktiv werden und den Raum im Zellweger-Areal mieten. Man glaubt ihm sofort, wenn er sagt, er sei froh gewesen, als er gehört habe, dass es aus Kostengründen nicht möglich sei, Zwischenwände einzubauen.

So machte sich Schlosser mit einem kleinen engagierten Team daran, seit Mai die vermutlich grösste offene Lernlandschaft im deutschsprachigen Raum zu entwickeln. Beispiele sind nur wenige bekannt, etwa die Hellerup Skole in Kopenhagen für 6- bis 16-Jährige, eine Schule in den Niederlanden oder eine in Japan.

Entscheidend war in Uster die Auswahl der Architekten. Otto Schlosser stiess nach einem Tipp auf das Büro Dost Architektur in Schaffhausen, das viel Erfahrung in der Gestaltung von Arbeitsräumen mitbrachte. Arbeitswelt und Berufsschule sollen gerade in der kaufmännischen Ausbildung keine getrennten Welten sein. «Das Büro wird zum Begegnungsort», sagt der Innenarchitekt Julian Tschanen. Es werde immer selbstverständlicher, eine Arbeit, die viel Konzentration erfordere, im Home-Office zu erledigen. Diese Realität kennen heute die meisten KV-Lehrlinge von ihrem Arbeitsplatz. Die Loft School bildet sie nun auch in der Schule ab.

Doch geht das, zum Beispiel mit dem Lärm? Selbstverständlich gab es viel Skepsis in der Lehrerschaft. Er sei es gewohnt gewesen, laut und deutlich zu unterrichten, sagt der Mathematiklehrer Nenad Gavrilovic, ein Hüne. Am Morgen sei es ihm zuerst etwas laut vorgekommen. Das habe sich nach wenigen Minuten ergeben, und er selber habe rasch gemerkt, dass er die Stimme senken müsse.

Gavrilovic gehörte anfänglich zu den grössten Skeptikern. Aber er liess sich darauf ein und nahm am Austausch mit den Architekten teil. Hier habe er sich zum wichtigsten Inputgeber in der Gruppe entwickelt, sagt Tschanen, der überrascht war, wie viel Vertrauen Schule und Lehrerschaft den Architekten entgegenbrachten. Umgekehrt hätten sie in diesem intensiven Prozess von einigen Ideen, die sie zunächst gehegt hätten, Abschied nehmen müssen.

Der Auftrag der Architekten ist nicht einfach beendet. Sie können, wenn sich im Schulalltag Probleme ergeben, noch Anpassungen vornehmen. Die Lehrkräfte haben sich darauf geeinigt, dass sie in den ersten sechs Wochen rotieren, also jeweils eine Woche in jeder Klassenzone unterrichten. In die Akustik hat man viel investiert. Am Montag waren zwar überall Stimmen zu hören, aber nicht so, dass es störend gewirkt hätte.



Die Lernlandschaft biete viele Vorteile, sagen Cornelia Thaler und Valentin Böhm, welche die Abteilung Wirtschaft leiten. Wenn Lehrlinge selbständig an einem Projekt arbeiteten, heisse das nicht, sie allein zu lassen. Lehrkräfte hätten in dieser Situation die Schülerinnen und Schüler besser im Blick, als wenn diese ausserhalb des Schulzimmers arbeiteten. Umgekehrt seien sie als Betreuungspersonen, wenn jemand nicht weiterkomme, im gleichen Raum einfach erreichbar.

Auch Markus Zwyszig, Leiter Berufsfachschulen und Weiterbildung im kantonalen Mittelschul- und Berufsbildungsamt, nahm am Montag einen Augenschein in Uster. Er spricht von einem interessanten Versuch, der aber auf zwei Jahre begrenzt sei. Er könne wertvolle Erkenntnisse für künftige Schulbauten bringen. Zwyszig schränkt aber ein, eine solche Lernlandschaft sei kaum für alle Berufe geeignet. Ein Umbau weiterer Berufsfachschulen müsste zuerst geprüft werden.

Interessant und ungewohnt

Und wie sehen das die Lehrlinge, die erst am Montagmorgen erfuhren, dass sie ein ganz besonderes Schulzimmer beziehen? «Interessant» und «ungewohnt», tönt es aus einer Gruppe, die gerade in die Mittagspause geht. Spannend sei, an verschiedenen Orten zu arbeiten, meint eine junge Frau, eine andere, sie könne sich einen solchen Unterricht jede Woche noch nicht recht vorstellen. Dann streben sie zum Ausgang, der auf einen unwirtlichen Parkplatz führt, an den sich aber ein schattiger Park mit zwei Weihern anschliesst.

Die grösste Herausforderung stellt die Umstellung der Unterrichtsformen für die Lehrkräfte dar. Die Zeit, als sie die Tür zum Klassenzimmer schliessen konnten und dann der Unterricht begann, ist vorbei. Eine Lernlandschaft wie in Uster ist in jeder Hinsicht offen. Der Rektor Otto Schlosser und Oliver Kemmler, der Teamleiter für die KV-Reform, sind zuversichtlich, dass die Neuerung akzeptiert wird, weil die Berufsfachschule in Uster den Zielen der KV-Reform bereits früher nachlebte.

Eigentlich soll die Abteilung Wirtschaft in zwei Jahren, wenn heute noch anderweitig belegte Schulzimmer in Wetzikon frei werden, dorthin zügeln. Aber man spürt im Gespräch mit den Verantwortlichen, dass sie diesen speziellen Raum, den sie für ihre Schule erobert haben, nicht so rasch preisgeben werden.

Schulpflicht schon für Dreijährige

NZZ am Sonntag, 27. August 2023, Schweiz Familienpolitik, Anja Burri

Der Kanton Thurgau darf Eltern nicht zur Kasse bitten, wenn er Dreijährige zur Sprachförderung einteilt. Das Urteil des Bundesgerichts hat weitreichende Folgen.

Frühförderung liegt im Trend. Immer mehr Kantone bieten Sprachkurse für Kinder ab drei Jahren an, manche sogar obligatorisch. Das Ziel: eine bessere Chancengerechtigkeit. Diese Woche hat das Bundesgericht nun ein Urteil veröffentlicht, das dieses neue System prägen wird. Und das darüber hinaus weitreichende Konsequenzen für Eltern und Kinder im ganzen Land haben könnte.

Worum geht es? Der Kanton Thurgau hat ein Frühförderungssystem eingeführt, das Eltern stark verpflichtet. Diese müssen die Sprachfähigkeiten ihrer dreijährigen Kinder erheben. Weist ein Kind Defizite auf, muss es vier bis sechs Stunden pro Woche einen Förderkurs besuchen, meist in einer privaten Spielgruppe oder in einer Tagesfamilie. Für den Transport der Kinder und die daraus entstehenden Lohneinbussen müssen die Eltern selber aufkommen. Zudem können die Schulgemeinden die Eltern für die Fördermassnahme zur Kasse bitten – mit bis zu 800 Franken pro Jahr.

Doch damit ist es nun vorbei. Drei Privatpersonen haben gegen den entsprechenden Beschluss des Thurgauer Kantonsparlaments vor Bundesgericht Beschwerde eingereicht. In einem bemerkenswerten Urteil zwingen die Lausanner Richter den Kanton, auf die Elternbeiträge zu verzichten. Das



Hauptargument: Weil die Frühförderung für Betroffene obligatorisch ist, gehört sie zur obligatorischen Grundschule. Und dafür darf der Staat kein Geld verlangen. Denn die Bundesverfassung garantiert das Recht auf unentgeltlichen Grundschulunterricht.

Gespräche mit Juristen und Bildungsfachleuten zeigen, wie weitreichend der Entscheid ist. Er dürfte verschiedene Auswirkungen haben, die Eltern und Kinder in der ganzen Schweiz betreffen:

- Eltern müssen für obligatorische Frühförderung nichts bezahlen.
- Die Schulweg-Frage erhält neue Brisanz: Es dürfte für Eltern leichter werden, von der Gemeinde Transportkosten einzufordern.
- Das Schulferien-Regime gilt je nachdem bereits für Dreijährige.
- Gymnasiasten und Lehrlinge in gewissen Kantonen könnten Staatsgelder für Unterrichtsmaterialien und Ähnliches einfordern.

Wie eine Umfrage dieser Zeitung zeigt, sind neben dem Thurgau weitere Kantone vom Urteil direkt betroffen. In Luzern und Graubünden können Gemeinden für obligatorische Frühförderung Geld von den Eltern verlangen. Der Kanton Luzern schreibt, man werde den entsprechenden Gesetzesabschnitt bei einer nächsten Revision überprüfen. Und in Graubünden heisst es: «Über allfällige Konsequenzen dieses Bundesgerichtsurteils auf diese Angebote müssen die entsprechenden Gemeinden entscheiden.»

In Solothurn soll die frühe Sprachförderung nächstes Jahr flächendeckend eingeführt werden. Weil in Solothurn aber niemand zur Frühförderung gezwungen wird, dürfen Elternbeiträge verlangt werden. Einen anderen, ebenfalls verfassungskonformen Weg wählen die beiden Basel: Basel-Stadt verpflichtet Eltern zur Frühförderung, allerdings ist diese kostenlos. In Baselland entscheidet das Kantonsparlament nächstens über ein ähnliches Modell. Im Aargau oder in Schaffhausen wird intensiv über die Einführung eines flächendeckenden Frühförderungssystems nachgedacht. In Zürich ist die frühe Sprachförderung Aufgabe der Gemeinden.

Ein weiterer interessanter Aspekt des Urteils betrifft den Schulweg. Die Lausanner Richter schreiben: Der Kanton Thurgau sei gehalten, «die ortsnahe und angemessene Erreichbarkeit der obligatorischen Angebote in der jeweiligen Schulgemeinde sicherzustellen oder aber für die Transportkosten aufzukommen». Valentin Huber ist einer der drei Beschwerdeführer. Der Jurist und Dozent an der Pädagogischen Hochschule Thurgau zeigt sich auf Anfrage überrascht von der Klarheit des Urteils, gerade auch zum Schulweg. Für Dreijährige sei ein Schulweg relativ rasch unzumutbar – etwa wenn eine grössere, befahrene Strasse überquert werden müsse.

Weniger Freude dürften die betroffenen Eltern am Urteil des Bundesgerichts haben, wenn es um ihre Ferienplanung geht. Indem die Richter die obligatorische Frühförderung zur obligatorischen Grundschule zählen, implizieren sie auch, dass Kinder nicht ohne weiteres dem Unterricht fernbleiben können – etwa für Ferien ausserhalb der Schulferien. «In diesem Punkt wird die persönliche Freiheit der Eltern verhältnismässig eingeschränkt», sagt Valentin Huber.

Schliesslich wirft das Urteil Fragen zur Ausbildung der Gymnasiasten oder Lehrlinge auf. Bereits zwei Kantone, Genf und das Tessin, kennen ein Ausbildungsobligatorium für Jugendliche bis 18 Jahre. Sie stufen die Ausbildung auf der Sekundarstufe II als matchentscheidend ein für die ökonomische Selbständigkeit der jungen Menschen.

Valentin Huber rechnet damit, dass die Argumentation des Bundesgerichts für den Thurgauer Frühförderungsfall auch hier greifen dürfte: «Wenn ein Kanton die Sekundarstufe II faktisch für obligatorisch erklärt, gilt somit auch das von der Verfassung geschützte soziale Grundrecht auf obligatorische und unentgeltliche Bildung», sagt er. Etwa für Schulbücher oder Arbeitsmaterialien der Lehrlinge müsste konsequenterweise der Staat aufkommen.



Schul-Bürokratie lässt Gemeinden ausbluten

Nebelspalter, 30. August 2023, Martin Breitenstein

Schule auf dem Lande

Das Leben auf dem Lande findet in den Schweizer Medien nicht statt (oder höchstens im Zerrspiegel). Alle publizistischen Zentralorgane sitzen in Städten und begnügen sich meist mit der Selbstreflexion über ihren eigenen Lebensraum. Kürzlich hat sich die freie Journalistin und Verlegerin Rachele De Caro in einem «NZZ»-Artikel unter dem Titel «Die Stimme der ländlichen Bevölkerung versiegt» differenziert mit dieser Medienentwicklung auseinandergesetzt. Weckruf und Grund genug für mich, wieder einmal in meiner Kolumne aus meinem Zürcher Weinland-Dörfli zu berichten.

Wenn die ganze Schule in einer Klasse Platz hätte

Zum Thema nehmen kann ich einen «Tagi»-Artikel, der sich zum Schulbeginn mit den Klassengrössen auseinandersetzt (massiv unterschiedliche Klassengrössen zwischen 13 und 29 Schülern; bei den Grossklassen fürchten die Eltern, dass ihre Kinder zu kurz kommen). Im Lead zum Artikel hiess es, dass Truttikon mit 13 Schülern die kleinste Schulklasse im Kanton Zürich führe. Über diese Schulklasse in Truttikon fand die geneigte Leserschaft indessen im anschliessenden Artikel keine Zeile. Das ist nicht nur ein elementarer journalistischer Fehler – was im Lead steht, muss im Artikel aufgelöst werden! –, sondern auch ein schönes Beispiel, dass ländliche Themen aussen vor gelassen werden.

In der Tat ist die Kleinheit dieser Primarschule Truttikon ihr existentielles Problem: Nur gerade 25 bis 30 Schüler gehen hier zur Schule. Bisher kam die Schule mit einer schlanken Organisation und einer engagierten Miliz-Schulpflege zu noch vertretbaren Kosten über die Runden. Mit dem kantonalen Volksschulamt hatte man ein Gentlemen-Agreement, dass eine derart überblickbare Schule keinen Schulleiter benötige. Noch vor sieben Jahren lehnte das Stimmvolk eine Schulfusion mit der Nachbargemeinde ab, nach dem Motto: Ohne eigene Schule stirbt ein Dorf.

Plötzlich ein Schulsekretariat und eine Schulleitung

Zwischendurch sind die Schülerzahlen einmal etwas gesunken, einmal etwas gestiegen. Was hingegen stetig und immer steiler gestiegen ist, sind die Kosten dieser Schule. Mehr Lehrerprozent brauchte es nicht, aber mehr Stellenprozent für die gesetzlich vorgeschriebenen zugewandten Orte wie Psychomotorik-Therapeutin, Lernbegleiter und Sozialarbeiter. Wegen des gestiegenen Aufwands brauchte es nun auch ein Schulsekretariat, und kaum war dieses eingeführt, kam doch noch eine Schulleiterin dazu. Vorschrift des Kantons, hiess es nun. Jetzt muss die politische Gemeinde Steuerprozent hergeben, damit die Primarschulgemeinde ihre Steuern ohne allzu grossen Schmerz für die Steuerzahler erhöhen kann. Bei ohnehin hohem Gesamtsteuerfuss ist dieses Spiel bald ausgereizt.

Nimmersatte Bildungsbürokratie

Das Thema Zusammenarbeit oder Fusion mit anderen Schulen kommt also wieder auf den Tisch. Sonst strebt die Gemeinde der Steuerhölle zu (wobei nicht ausgeschlossen werden kann, dass dies die Mehrheit der schlechten Steuerzahler mit Schadenfreude der Minderheit der guten Steuerzahler zumuten würde). An diesem kleinen Beispiel zeigt sich, wie die nimmersatte Bildungsbürokratie gleichsam nebenbei auch erhebliche Auswirkungen auf das historisch gewachsene, kleinteilige Gefüge der Dörfer in der ländlichen Schweiz hat: Sie werden schlicht zu teuer. Fusionsierte Nachfolge-Gebilde vermögen zwar erfahrungsgemäss kaum kostengünstiger zu arbeiten. Aber es kommt zu einer Art Steuerharmonisierung zugunsten der vormals Kleinen, die pro Kopf der Einwohner deutlich überdurchschnittliche Verwaltungskosten aufweisen.



Chancengleichheit an der Schule gibt es nicht

Schaffhauser Nachrichten, Leserbrief

Zum Forum-Artikel «Auf dem Holzweg umkehren», SN vom 10. August

Als ehemaliger Sonderklassenlehrer habe ich schon mehrmals in Leserbriefen darauf hingewiesen, dass die von Bildungspolitikern einseitig propagierte Integration im Schulwesen nicht nur positive Auswirkungen hat.

Meine Erfahrungen während der Aktivzeit bestanden darin, dass einerseits von Schulpsychologen in meine Klasse überwiesene «hoffnungslose Fälle» erfolgreiche Schulabgänger geworden sind und andererseits Lehrpersonen und auch Schüler(innen) in einem ISF (integrative Schulform) wegen der Unruhe im Schulsystem überfordert waren. Verdankenswerterweise gibt es jetzt immer mehr Fachleute, die den Mut haben, auf die Problematik der Integration von ganz unterschiedlichen Kindern aufmerksam zu machen! Nur schon die Abkehr vom Begriff «Chancengleichheit» (die es nämlich in keinem Lebensbereich gibt!) ist erfreulich. Die zutreffendere «Chancengerechtigkeit» wird dort umgesetzt, wo echte Bezugspersonen genügend Zeit für einen angemessenen Unterricht (z. B. lebensnotwendigen Stoff auf verschiedene Arten intensiv üben) haben. Experte Marcus Knill und Politiker Urs Capaul (für seine Interpellation an den Regierungsrat) danke ich für ihre Bemühungen um ein ausgewogenes, den verschiedenen Voraussetzungen gerecht werdendes Schulsystem!

Otto Furrer, Schaffhausen

Veranstaltungshinweis

Kinder partizipieren lassen – leichter gesagt als getan

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft,
Mittwoch, 20. Sept. 2023

Referenten

Dr. phil. Heidi Simoni (Marie Meierhofer Institut für das Kind, Zürich)

Prof. Dr. phil. Miriam Leuchter (Universität Koblenz, Landau)

Einführung

Dr. med. Katrin Lengnick (Neuropädiatrie Ostschweizer Kinderspital)

Ort und Datum

Mittwoch, 20. Sept. 2023, 18.30 – 20.30 Uhr

Ostschweizer Fachhochschule,
grosser Plenarsaal Parterre,
Rosenbergstrasse 59
9000 St. Gallen





Die Lehrerrolle (Arbeitstitel)

Starke Volksschule Zürich, 6. November 2023, 19 Uhr

Vortrag und Diskussion

Referent

Allan Guggenbühl

Ort und Datum

Montag, 6. November 2023, 19 Uhr

Glockenhaus

Sihlstrasse 33

8021 Zürich

Weitere Informationen folgen

Geschichte – ein Schulfach unter Druck

Starke Volksschule St. Gallen, 16. November 2023, 19 Uhr

Doppelvortrag und Diskussion

Referenten

Mario Andreotti

Hanspeter Amstutz

Ort und Datum

Donnerstag, 16. Nov. 2023, 19 Uhr

Schulhaus St. Leonhard,

Vadianstrasse 49

9000 St. Gallen

[Mehr...](#)



Geschichte – ein Schulfach unter Druck

Doppelvortrag und Diskussion
Mario Andreotti
Hanspeter Amstutz

Der Unterricht in Geschichte kommt in der Schule zu kurz. Ohne verbindliches Bildungsprogramm, mit reduzierter Lektionenzahl und verwässert im Sammelbecken «Zeiten, Räume, Gesellschaften», fehlt dem Fach ein eigenes Profil. Dabei ist historisches Wissen, gerade für junge Menschen, von grösster Bedeutung.

- Warum ist das so, warum sollen wir uns mit der Vergangenheit befassen? (MA)*
- Wie wird Geschichtsunterricht für Jugendliche auch im Rahmen des neuen Lehrplans spannend und wie kann man politisches Interesse wecken? (HA)**
- Bringt das Reformprojekt «Gymnasium der Zukunft» für das Fach Geschichte eine Verbesserung oder gar eine Verschlechterung? (MA)*
- Welche Zukunft hat Geschichte innerhalb der Bildungspolitik? (HA)**

Lehrpersonen, Eltern und Interessierte
sind zu diesem Doppelvortrag herzlich eingeladen.

Donnerstag, 16. November 2023, 19.00 Uhr
im Schulhaus St. Leonhard, Vadianstr. 49, St. Gallen
(5 Gehminuten vom Bahnhof, Eingang zur Aula nur über Davidstrasse)

* Prof. Dr. Mario Andreotti, Germanist und Historiker, ehem. Gymnasiallehrer, heute Dozent für Neuere deutsche Literatur, gilt als profundster Kenner der schweizerischen Bildungslandschaft. In seinem vielbeachteten Buch «Eine Kultur schafft sich ab. Beiträge zu Bildung und Sprache» (Verlag FormatOst) und in mehreren Zeitungsbeiträgen hat er die Abwertung der Geschichte an unseren Schulen kritisch hinterfragt. (MA)

** Hanspeter Amstutz, ehemaliger Sekundarlehrer, hat mit einem narrativen Zugang Jugendliche für Geschichte und politische Fragen begeistern können. Seine Erfahrungen gibt er heute weiter bei Fortbildungstagen an Pädagogischen Hochschulen und schulinternen Kursen. Politisch war er mit dem Schwerpunkt Bildung 16 Jahre aktiv im Zürcher Kantonsrat und war danach Volksschulvertreter im Bildungsrat. (HA)

sekretariat@starkevolksschule.sg.ch www.starkevolksschule.sg.ch